

# gegeninformation

## KRIEG UND FRIEDEN

Die Konkurrenz der Staaten  
um Weltmarkt und Weltmacht.

## NIEDRIGLOHN ALS STAATSPROGRAMM

Die aktuelle Hetze gegen Hartz-IV-Bezieher.

## STREIT UNTER WELTVERBESSERERN

Pro und contra Verbot der Kinderarbeit.

# DEUTSCHLAND IM KRIEG

Ende 2009 lässt ein deutscher Offizier bei Kundus zwei Tanklastzüge bombardieren, 140 Afghanen sterben, darunter viele Zivilisten. Das ist natürlich ein ernstes Problem für die freiheitlichste Republik, die es je auf deutschem Boden gab. Sie ist vor Ort unterwegs, um den Frieden einer afghanischen Zivilgesellschaft zu sichern, und dass es dabei ab und an etwas robust zugeht, weiß man zwar, aber bei so vielen Toten liegt der Verdacht mangelnder Professionalität schon nahe. Also ist in einer Demokratie, die handwerkliche Fehler absolut nicht leiden kann, „*schonungslose Aufarbeitung*“ angesagt.

### Sittliche Vorwärtsverteidigung eines Massakers

Die Frage nach der „*politischen Verantwortung*“ für das Desaster wird aufgeworfen – und schon wieder ein Volltreffer: Die politische Spitze der Befehlskette, die hinunter bis zum Oberst in Afghanistan reicht, hat *sich selbst* nicht im Griff! Der Chef hat jedenfalls von seinen Untergebenen nicht die Sprechzettel erhalten, mit denen er einer kritischen Öffentlichkeit überzeugend das Gegenteil hätte demonstrieren können, und schon sind Ex-Verteidigungsminister, Staatssekretär und Generalinspekteur der Bundeswehr in ihren Ämtern „*unhaltbar*“, „*weil die Informationen über die Folgen des katastrophalen Bombardements verdrängt, verschleiert und vertuscht*“ (SZ, 28.11.09) wurden. Unlauterkeit beim Kommunizieren über die Folgen des Kriegs: Das ist in einer Demokratie die ultimative Kritik des Kriegsherren, die den glatt den Kopf kostet – und sich mit der Neubesetzung des Amtes auch schon komplett erle-

digt, denn der Nachfolger ist die erste Großtat zur Bewältigung der Affäre: „*Jungs Nachfolger, Verteidigungsminister zu Guttenberg, führte vor, wie eine politische Krise zu handhaben sei. Zu Guttenberg zog Konsequenzen. Der Verteidigungsminister entließ zwei politische Beamte. Er entsprach damit den Anforderungen des Kanzleramtes nach Transparenz und Offenheit.*“ (FAZ, 28.11.)

Der neue Mann muss nur darauf achten, dass er auch selbst den hohen Standards genügt, die in einer kritischen Öffentlichkeit in Sachen Offenheit gelten. Ein Massaker auch dann noch als „*militärisch angemessen*“ zu rechtfertigen, wenn man „*neue Informationen*“ hat, die seine abschließende Würdigung eher als „*militärisch unangemessen*“ nahelegen, ist da jedenfalls nicht unproblematisch: Von verantwortlicher Stelle nicht eindeutig und vor allem „*unter Offenlegung aller Fakten*“ gesagt zu bekommen, ob es sich bei den 140 Toten um militärische Präzisions-

arbeit oder Pfusch handelt, zeugt schon von gewissen Mängeln einer echt transparenten Amtsführung.

### Orientierungsdefizit

Doch auch jenseits von so spannenden Fragen wie der, ob und wann wer davon wusste, ob überhaupt und von wem bei der Vernichtung des Feindes auch noch das Wort „*vernichten*“ fiel, legt die Aufarbeitung des problematischen Vorfalls am Kundus offen, dass von den Verantwortlichen generell und an ganz entscheidender Stelle gegen demokratische Informationspflichten verstoßen worden ist:

„*Jung war zweitens auch deswegen nicht mehr zu halten, das ist der hintergründige Grund, weil die Zweifel der Bevölkerung an diesem Krieg am Hindukusch wachsen, weil das politische Gerede über die Demokratisierung Afghanistans immer hohler klingt und die Leute wissen wollen, wie das alles weitergehen soll – weil sie also Halt suchen. Weil es diesen Halt und diese*

*Orientierung nicht gibt, orientiert man sich ersatzweise an der Unzulänglichkeit und dem Versagen des Ministers Jung; der unhaltbare Minister gab und gibt vorübergehend negativen Halt; sein Rücktritt fast ein bisschen Frieden.*“ (SZ, 28.11.)

Was sucht nach Auffassung der SZ eine Bevölkerung, der man einen Krieg als Begleitschutz für Brunnenbau und Mädchenschulen verkauft und der angesichts der Faktenlage Zweifel kommen? Sie sucht „*Halt*“, und zwar ausdrücklich nicht den einzig senkrechten, der da zu haben und auch gar nicht schwer zu erlangen wäre, weil er nämlich mit einer vernünftigen Beurteilung des deutschen Kriegszwecks und seiner Scheidung von allen ihn rechtfertigenden Ideologien schon erledigt wäre. Nein, für den intellektuellen Fachmann für hintergründige Gründe sucht das deutsche Volk nach Halt von der Sorte, die er mit „*Orientierung*“ anspricht: *Irgendeine*, aber jedenfalls eine überzeugende Antwort auf die Frage, wo „*das alles*“ nur hin-

# 01 10

## DISKUSSION

Die herausgebenden Gruppen dieser Zeitung geben die Möglichkeit zur Diskussion in:

### Bielefeld

20.4.: Kritik - wie geht das?  
Um 19h. Uni Bielefeld.

### Bonn

21.4., 5.5., 19.5., 2.6., 16.6.,  
30.6. und 14.7.  
Jeweils mittwochs, 19:30h.  
Im Buchladen „Le Sabot“,  
Breite Str. 76, 53111 Bonn

28.4., 19:30h: Einführungsveranstaltung des Lesekreises zu Marxens Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, Bd. I. Im Parteibüro der Linken, Vorbergstr. 24, 53111 Bonn

### Dortmund

20.4.: Griechenlands Staatsbankrott. 18.5.: Ruhrgebiet - Europäische Kulturhauptstadt; Kinder-Missbrauch. Weitere Termine am 15.6. und 6.7. Jeweils dienstags, 19h. Im Raum 226 des Dietrich-Keuning-Hauses, Leopoldstr. 50-58, 44147 Dortmund.

15.4.: Debatte um Verbot der Kinderarbeit. 22.4.: China. 29.4. Hartz IV. Jeweils donnerstags, 19:30h. Im Taranta Babu, Humboldtstr. 44, 44137 Dortmund

### Düsseldorf

17.4.: Griechenlands Staatsbankrott. 8.5.: Der DGB. Weiterer Termin am: 19.6. Jeweils samstags, 15h. Im Kulturcafé Solaris, Kopernikusstr. 53, 40225 Düsseldorf-Bilk

### Köln

22.4.: Kritik - wie geht das?, 27.5.: Hartz IV und 1.7.: China Jeweils donnerstags, 20h. Im Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, 50670 Köln

Weitere Infos zu den Diskussionsangeboten, aktuelle Themen, Anfahrtsbeschreibungen etc. unter [gegeninformation.net](http://gegeninformation.net).

führen soll da hinten. Einen *befriedigenden Sinn* des Kriegs am Hindukusch, eine kleine Hilfestellung zur Festigung der Überzeugung, dass es ganz in Ordnung ist und bestimmt zum Guten führt, was dort läuft: Das hätte das zweifelnde Volk vom Minister gerne, hat es von ihm aber nicht bekommen, weshalb es zusammen mit dessen Entlassung auch mit dem Krieg seinen Frieden machen und seine Erwartungen ganz in den Nachfolger setzen kann.

### Wo gehobelt wird...

Bis der soweit ist, nimmt die Öffentlichkeit die fällige Orientierung des Publikums in ihre Hand. Da der sittlich-moralische Verstand, der sich zu dem Zweck an die Ermittlung von Möglichkeiten einer überzeugenden Kriegsrechtfertigung macht, sein letztes Bezugskriterium allemal im geltenden Recht hat, schaut er natürlich zuerst in dem nach, wie es beim „Vernichten“ von Afghanen um die Rechtsgrundlage bestellt ist. Allerdings ergibt die Prüfung der Einsatzregeln und Einsatzverfahren, das Studium der Mandate von UNO über NATO bis zu der vom Bundestag abgesetzten aktuellen deutschen „Taschenkarte“ kein befriedigendes Ergebnis: Die Befehlsketten der diversen militärischen Hierarchien sind äußerst verwickelt, die Vorschriften ausgerechnet in dem Punkt des gezielten Tötens „vage formuliert“ und „auslegungsfähig“ (SZ, 11.12.), darüber hinaus meist „aus taktischen Gründen verständlicherweise“ (FAZ, 12.12.) geheim. Führt man ein wenig Krieg nach den Regeln der NATO, passt es nicht zum Mandat der UNO, das aber lässt sich ohne Krieg nicht erledigen. Keine „Klarheit“ also, nur eines scheint gewiss:

„Wer sich freilich zur Rechtfertigung der Tötung auf ‚Krieg‘ beruft, verabschiedet sich aus dem UN-Mandat für Isaf und plädiert für die Vernichtung des Gegners als vorrangiges Ziel... Das bedeutet: Eintauchen in blankes Kriegsrecht.“ (SZ, 12.12.)

Ein großes Dilemma: Wer ein Massaker mit dem Krieg zu rechtfertigen gedenkt, den er führt, muss sein Gastspiel in Afghanistan auch damit rechtfertigen, dass er dort letztlich schon auch zum Massakrieren unterwegs ist – und das passt ja nun überhaupt nicht zu Deutschland, denn:

„Deutschland will, kann und darf nicht Krieg führen wie die Taliban. In Wahrheit will es, das ist aller Ehren wert, gar keinen Krieg führen. Das ist der Hauptgrund, warum sich die deutsche Politik weigert, von ihm zu sprechen; sie fürchtet, dass die Unterstützung dann noch weiter zusammenschrumpft.“ (FAZ, 16.12.)

So ist das in einem sittlichen Gemeinwesen. Das will gar keinen Krieg führen, kann und darf dies auch nicht, führt ihn daher so, dass es keinen Krieg führt. Das ist nicht einfach zu fassen, erfordert vielmehr zusätzliche Anstrengungen für die Orientierung der Heimat-

front, denn da gibt es Vorbehalte. Doch auf den Pluralismus, der in so einem Gemeinwesen auch noch herrscht, ist Verlass. Auf das Riesendilemma, das die FAZ skizziert, antworten die Münchener Kollegen schon vorher mit einem Lösungsvorschlag, der durch seine Schlichtheit besticht:

„Vielleicht fehlt es den Deutschen am Gespür, vielleicht am Interesse für diesen Einsatz. Ganz sicher fehlt es dem Minister an Gespür und am Interesse für die Vorbehalte der Bürger... Was Guttenberg als Hysterie abtut, ist die Verunsicherung einer Öffentlichkeit, die niemand darauf vorbereitet hat, dass die Bundeswehr in Afghanistan nicht nur Aufständische tötet, die selbst getötet haben, sondern auch deren mutmaßliche Helfer – und, wenn sie Pech haben, unschuldige Zivilisten.“ (SZ, 13.12.)

Auf Vorbehalte gegen Späne, die beim Hobeln fliegen, hat man so einzugehen, dass man seine Bürger rechtzeitig an die Hand nimmt und ihnen sagt, dass beim Hobeln immer Späne fliegen. Dann wissen sie Bescheid und sind auch gar nicht mehr verunsichert, wenn mal mehr fliegen und es lauter kracht: Das spricht nur dafür, dass tüchtig gehobelt wird.

### Eine Gewissensfrage

Aber so einfach ist es natürlich nicht. Keinesfalls wollen die öffentlichen Meinungsbildner umstandslos Partei ergreifen für alles, was in so einem Krieg nun einmal Sache ist. Hurra-Patrioten sind sie überhaupt nicht, allein schon deswegen nicht, weil den regierenden Patrioten bei dem Krieg so gar nicht nach einem Hurra ist. Ihnen jedenfalls fehlt es überhaupt nicht an Gespür und am Interesse für die Vorbehalte, die in Regierungskreisen zirkulieren. Nur eben: Wenn es diesen Krieg nun schon einmal gibt und wenn man ihn dann vor der eigenen Bevölkerung, was sich ja in einer Demokratie gehört, überzeugend rechtfertigen wollte, dann könnte es am Ende vielleicht doch auf eine Parteinahme für den Krieg und insbesondere auch auf ein Votum dafür hinauslaufen, dass man ihn gescheit führt und gewinnt:

„Der Feind muss irgendwie termingerecht besiegt werden, um dem Einsatz Nachhaltigkeit zu verschaffen und den internationalen Blutzoll zu rechtfertigen. ... Dazu müsste der Feind militärisch zerschlagen werden und nicht nur in seine angestammten Rückzugsgebiete getrieben werden.“

Aber was militärisch nur allzu vernünftig ist, passt einfach nicht ins moralische Koordinatensystem der Deutschen:

„Für diese Art des Besiegens aber haben die Generationen, die in der Politik, im Militär, in den Medien und nicht zuletzt im allgemeinen Bürgertum Deutschlands jetzt den Ton angeben, keinen (er müsste neu sein) ethischen Maßstab. Dieser aber, und nicht die akademische oder diplomatische Auslegung des Völkerrechts wird darüber ent-

scheiden, wie Bürger und Politiker jetzt mit den ‚Vorfällen‘ klarkommen – und wie schwer der Afghanistan-Einsatz eines Tages auf der deutschen Gesellschaft lasten wird.“ (FAZ, 14.12.)

Das nächste Großdilemma bahnt sich an: Eine Ethik zur Rechtfertigung von Vernichtungsorgien in deutschem Auftrag bräuchte es unbedingt – und ausgerechnet so eine Formel zur nachhaltigen Heiligsprechung aller Opfer, die ein deutscher Kriegserfolg gebietet, hat unsere Zivilgesellschaft nicht im Angebot. Das schmerzt, denn auch für die modernen Vertreter deutscher Sittlichkeit führt an einem demokratischen Äquivalent für die einstmal so zündenden Reichstagsreden irgendwie kein Weg vorbei: „Eine schmerzhaft, aber unausweichliche Frage zum Friedensfest: kann es gerecht sein, Menschen zu töten?“ Ja, wo kriegt man auf diese Frage nur eine Antwort her, und zwar eine, die die Krone der zivilisierten Menschheit nicht gleich auf die Ebene von Gotteskriegen rückt, die sie auf ihre Weise ja perfekt beantwortet haben? Vielleicht durch kleine Umformulierungen: „Wie viel Töten ist erlaubt?“ (SZ, 19.12.) Oder: „Wie viel Krieg muss sich diese pazifistisch gestimmte Gesellschaft zumuten?“ (SZ, 24.12.) Die haben den ersten Vorteil, dass sie klarstellen, wer da beim Massaker am Kundus wem welche Schmerzen zugemutet hat und demnächst wird zumuten müssen. Ihr zweiter großer Vorteil ist, dass derart ins Allergrundsätzlichste reichende Besinnungsfragen sich in einer Hinsicht allemal gut beantworten lassen: „Einfache Antworten gibt es nicht, weder von Friedensnobelpreisträger Barack Obama noch von der Kirche“ (ebd.). Über eines können Feinde wie Zivilisten in Afghanistan jedenfalls sicher sein: Von Deutschen wird niemand auf der Welt erschossen, ohne dass die deutsche Nation unter sittlichen Qualen leidet.

\*

Natürlich sind in einer pluralistischen Gesellschaft dann auch schon mal wieder einfache Antworten auf die tiefsten Fragen am Platz und tun in Sachen Orientierung ihr gutes Werk:

„Unsere Soldaten haben recht... Sie können nichts dafür, dass deutsche Politiker seit Jahren darüber streiten, ob man ihren Einsatz Krieg nennen darf. Und dass ihnen deshalb auch immer nur die kleinstmögliche Unterstützung gewährt wird. In der Kundus-Affäre geht es NICHT darum, dass sich unsere Soldaten dafür rechtfertigen müssen, dass sie eine Waffe tragen und sie im Ernstfall auch einsetzen. Unsere Soldaten sind im Krieg. Und sie erwarten, dass diese Tatsache in der Heimat endlich akzeptiert wird.“ (BILD 16.12.)

In was für einer Welt leben wir eigentlich, fragt BILD, wenn deutsche Soldaten Krieg führen und keiner das Volk zum großen Bahnhof für seine heimkehrenden Helden mobilisiert?!

## GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

1-10

Das Finanzkapital

III. Die „systemische“ Bedeutung des Finanzgeschäfts und die öffentliche Gewalt

Das neue Europa in der Krise

Eine Zwischenbilanz der Transformation

Anmerkungen zu Griechenlands Staatsbankrott

Weltklimagipfel „gescheitert“

Der Kampf der Nationen um die globale Energiewende, ihre Erträge und ihre Geschäftsordnung wird grundsätzlich

Deutschland im Krieg: Sittliche Vorwärtsverteidigung eines Massakers - Streit unter Weltverbessern: Pro und contra Verbot der Kinderarbeit - Friedensnobelpreis für die Weltmacht - Metall-Tarifunde - „Berthold Huber bricht mit Tarif-Tabus“: Statt Lohn fordern „gemeinsam Kurzarbeit fördern!“ - Bagatelldingungen: Achtung vor dem Eigentum - auch eine Anstandsfrage! - Dubai und seine Krise: Ein Lehrstück über die Macht des internationalen Kredits - Haiti: Eine öffentliche Lektion in Sachen humanitärer Imperialismus - Nachrichten aus der französischen Klassengesellschaft: Ende einer Karriere - Antiterroristische Landeskunde, diesmal: Jemen - Vom moralischen und imperialistischen Nutzen eines grenzüberschreitenden Steuerdatenklau - Leserschriften: Linksradikale Wahlsorgen - Verrät man durch ein Wahlkreuz seine herrschaftskritischen Überzeugungen? - Eine Frage der Klassen oder der Selbstständigkeit?

## GegenStandpunkt 1-10

Ab sofort im Buchhandel erhältlich

ISSN 0941-5831  
140 Seiten, € 15.–

Bestellungen beim Gegenstandpunkt Verlag, Kirchenstr. 88 81675 München

Tel (089) 272 16 04  
Fax (089) 272 16 05

www.gegenstandpunkt.com  
gegenstandpunkt@t-online.de

## Das neue Europa in der Krise

Angesichts des Krisenzustands der osteuropäischen EU-Anschlussländer konstatiert die Öffentlichkeit das Scheitern des „über einige Jahre sehr erfolgreichen Entwicklungsmodells von Emerging Europe“. Von einem Modell zum Vorankommen der Ostländer kann allerdings keine Rede sein. Da sind Staaten an den Euro-Wirtschaftsraum angeschlossen worden, haben selber auf diesen Anschluss gesetzt – und sind zum Anlageobjekt europäischen Kapitals und finanzkapitalistischen Spekulationsobjekt geworden. Es sind die Konsequenzen dieses Anschlussprogramms, die sich jetzt krisenmäßig geltend machen und den widersprüchlichen ökonomischen Status der östlichen EU-Mitglieder offenbaren. Was da wächst und jetzt einbricht, das ist zugleich ein Berg europäischen Finanzkapitals, das vornehmlich den nationalen Reichtum dieser Länder ausmacht und jetzt aus diesen Ländern massenhaft Geld ab- und ihnen Kredit entzieht. Der Artikel zieht anlässlich der Krise eine *Zwischenbilanz der Transformation*, würdigt ausführlich Programm und Ergebnis des Anschlusses sowie das europäisch verordnete Krisenbewältigungsprogramm, das diesen Ländern Sanierung im Dienste europäischer Bilanzen abverlangt. Das beflügelt enttäuschten Nationalismus.

## Griechenlands Staatsbankrott

Wie sich Griechenland in den Bankrott gewirtschaftet hat, ist für den öffentlichen Sachverstand keine Frage: „Über seine Verhältnisse gelebt“ hat das Land, der Staat und all seine Bevölkerung: ‚Korruption, keine Steuermoral, überbezahlte überflüssige Staatsbedienstete, und den europäischen Aufsehern seine wahren Bilanzen verheimlicht! Mitten in Europa gegen alle guten Sitten der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion verstoßen! Klar, dass das nicht gutgehen konnte – und jetzt die soliden europäischen Nationen, ‚uns‘ und ‚unseren‘ Euro bedroht!‘ So ungefähr soll man sich das vorstellen. Ein ungerechtes Urteil. Niemand hat sich ja im Bezug auf Griechenland wirklich etwas vorgemacht, das Land gehört außerdem seit nicht wenigen Jahren wie alle anderen zur Europäischen Union – und anders gewirtschaftet haben die anderen Nationen schon gleich nicht. Dem Land ist nur – was seine nationale Bilanz angeht – seine Mitgliedschaft nicht zum Guten geraten. Im weiteren aber deckt seine ökonomische Notlage die Krisenlage der gesamten Euro-Staatengemeinschaft auf; und damit auch den Widerspruch des Euro: Da wirtschaften konkurrierende Staaten auf nationale Rechnung in einem gemeinsamen Geld. Insofern ist Griechenlands aktuelle Pleite auch ein Offenbarungseid in Sachen Fortschritt Europas. Deswegen haben dessen Hauptakteure auch alle Hände voll zu tun, den drohenden Bankrott als Sonderfall Griechenland zu behandeln, durch ein europäisch verordnetes Haushaltsregime einzudämmen – um finanzkapitalistisches Vertrauen in den Euro insgesamt zu stiften. Der griechische Staat soll sich durch Verelendung wieder kreditwürdig machen. Ein schöner Auftrag.

## Das Finanzkapital: Die systematische Bedeutung des Finanzgeschäfts und die öffentliche Gewalt

Der dritte Teil des Grundsatz-Artikels über das Finanzkapital widmet sich dem Verhältnis des Staats zum Finanzgeschäft. Sowohl dessen systemgemäße Leistungen wie die staatliche Haushalts- und Geldpolitik und deren Widersprüche kommen dabei ausgiebig zur Sprache. Nebenbei wird auch das kapitalistische Rätsel der Inflation aufgelöst.

# Streit unter Weltverbessern: Pro und contra Verbot der Kinderarbeit

**Von jeher ist der Kampf gegen die Kinderarbeit in der Welt zentraler Bestandteil der Agitation hiesiger Hilfsorganisationen und sonstiger Vereine aus dem Lager der 3.-Welt-Bewegung. Sie klagen an, dass in vielen Ländern Kinder massenhaft unter schlimmsten Bedingungen und zu absoluten Hungerlöhnen arbeiten müssen, und liefern dabei durchaus Hinweise, wo der Grund des beklagten Skandals zu suchen ist: „Kinder in Entwicklungsländern ... sind als Arbeitskräfte sehr beliebt, weil man sie leicht einschüchtern und ihnen einfach weniger Geld als Erwachsenen geben kann.“ („Stopp Kinderarbeit“, friedensband.de)**

## Das alte Rezept: Kinderarbeit gesetzlich verbieten!

So ist es! Kinderarbeit rechnet sich: Für eine Gewinnrechnung, die mit Kosten und Überschuss kalkuliert, für die der niedrige Preis und die ausgiebige Arbeitsleistung der eingekauften Arbeitskräfte daher ein entscheidendes Mittel ist, für die lohnen sich billige, überreichlich verfügbare, wehrlose Kinderarbeiter – und das sogar ganz besonders. Insofern verweist der Skandal der Kinderarbeit, das Elend der minderjährigen Lohnsklaven in den einschlägigen Regionen der Weltwirtschaft auf das skandalöse Prinzip, dem Lohnarbeit überhaupt gehorcht: Billigkeit des Lohns und rücksichtslose Verausgabung der Arbeitskraft sind Bedingung von ‚Beschäftigung‘; die Not, Geld verdienen zu müssen, macht Lohnarbeiter erpressbar; deswegen sind sie mit ihrem beschränkten Einkommen auch ständig auf den Ausgangspunkt zurückgeworfen. Kinderarbeit ist ein besonders eklatanter Fall der Kalkulation mit rentabler Arbeit.

Die Gegner der Kinderarbeit ziehen allerdings einen ganz anderen Schluss: „Kinderarbeit ... ist der Grund dafür, dass Kinder und ihre Familien sich immer mehr in den Teufelskreis aus Armut und Unterentwicklung verstricken.“ (welthungerhilfe.de) „Kinderarbeit treibt Löhne nach unten.“ (S. George, taz.de, 20.11.09)

Den Anklägern ist durchaus vertraut, dass Armutslöhne – nicht nur die von Kindern – das Resultat der Konkurrenz sind, die Kapitalisten unter den Lohnabhängigen veranstalten. Aber ausgerechnet das Prinzip der Lohnarbeit, das da zum Zuge kommt, wenn die Mittellosen in der Dritten Welt, Erwachsene wie Kinder, darum konkurrieren, überhaupt und sei es auch zu den brutalsten Bedingungen beschäftigt zu werden, das nehmen sie gar nicht in den Blick. Sie sehen es genau umgekehrt: Die Ausbeutung von Kindern, diese spezielle Abteilung kapitalistischer Anwendung von Arbeitskräften, ist in ihren Augen der Grund allen Elends in den einschlägigen Armenhäusern der Weltwirtschaft. Wenn man diese eine entscheidende Ursache des „Teufelskreises aus Armut und Unterentwicklung“ aus der Welt schafft, dann schafft man nach ihrem Dafürhalten damit auch generelle Abhilfe für all die elenden Lohnarbeitsverhältnisse, die ihrer Ansicht nach der Kinderarbeit geschuldet sind: „Wenn es keine billigen Kinderarbeiter mehr auf dem Arbeitsmarkt gibt, können die Eltern bessere Löhne aushandeln.“ („Stopp Kinderarbeit“, a.a.O.)

Als hätten mit dem Ausscheiden der Kinder als Konkurrenten um Arbeitsplätze die Millionen beschäftigten und unbeschäftigten Erwach-

senen irgendetwas in der Hand und plötzlich eine schlagkräftige Verhandlungsposition den Arbeitsherrn gegenüber, um deren Rechnung zu ihren Gunsten zu wenden, werden aus den beklagten ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen schlagartig annehmbare Einkommensgelegenheiten. Auf einmal löst sich der ganze „Teufelskreis“ in Wohlgefallen auf, „reicht das Einkommen für die ganze Familie, und die Kinder können in der Schule für eine bessere Zukunft lernen.“ („Stopp Kinderarbeit“, a.a.O.)

So wird mit einem Schlag Lohnarbeit – und das ausgerechnet in den Elendsquartieren des Kapitalismus – zur tauglichen Lebensgrundlage mit Zukunftsperspektiven.

Und wie soll die Kinderarbeit aus der Welt kommen? Ganz einfach: Getreu dem Motto, dass nicht sein kann, was nicht sein darf, haben die Aktivisten von Initiativen wie „Stopp Kinderarbeit“ eine originelle Lösung: Verbieten wir’s doch einfach! Mit diesem dringlichen Antrag wenden sie sich an die Herrschaften in aller Welt: „Kinder haben das Recht auf eine Kindheit ohne Kinderarbeit, und sie haben das Recht auf Bildung.“ (welthungerhilfe.de) „Alle Regierungen haben die Pflicht, zu gewährleisten, dass sie Kinderarbeit in ihren Staaten nicht erlauben oder zulassen.“ (stopchildlabour.eu)

Dabei übersehen die ideellen Rechtsanwälte der Kinder geflissentlich, dass die angesprochenen Regierungen ihre Pflichten ganz anders definieren. Schließlich sind sie es doch, die die kritisierten Zustände regeln und beaufsichtigen; sie sind es, die die Geschäftsinteressen ins Recht setzen, die sich gerne auch der Dienste von Kinderarbeitern bedienen; sie wissen also offensichtlich, was sie an denen haben. Dass Herrschaften der Dritten Welt keine Veranlassung sehen, zur Pflege ihres an überflüssigem Menschenmaterial reichen Volkskörpers gegen die ruinöse Benutzung der jungen Generation einzuschreiten, im Gegenteil Kinderarbeit praktisch als einen unverzichtbaren Standortvorteil ihrer kapitalarmen Länder behandeln, das verbuchen die Gegner der Kinderarbeit schlicht unter „bad governance“. Und die Regierungen der „zivilisierteren“ Länder fordern sie auf, endlich Druck zu machen und anderswo auf das Verbot zu dringen. Dass es internationale Abkommen über das Verbot von Kinderarbeit längst gibt, dass die aber ersichtlich ziemlich folgenlos bleiben, weil die weltweite Ächtung der Kinderarbeit, als ziemlich nebensächliche Front, in den andauernden Streit der Staaten um erlaubte und verbotene Mittel in der und gegen die internationale Konkurrenz gehört – das irritiert die Antragsteller ebenfalls nicht in ihrem Glauben an die Politik: Da nehmen die Zuständigen ihre

eigentliche, in solchen Abkommen doch schon anerkannte Pflicht nur nicht wirklich ernst.

Mit ihrem Anliegen, zur Lohnarbeit genötigten Kindern in ihrem Elend helfen zu wollen, landen die Gegner der Kinderarbeit also schnurstracks bei der Affirmation der Lohnarbeit; und ihre Kritik an den Verwaltern solcher Verhältnisse endet beim wohlmeinenden Antrag, die sollten mit ihrer Macht entschiedener im menschenfreundlichen Sinne durchgreifen. Das liegt an ihrem festen Willen, in die beklagten Verhältnisse helfend und verbessernd einzugreifen, ohne ihre Gründe angreifen zu müssen. Was sie anklagen, sind „Auswüchse“, Abweichungen von dem, was sie sich, mehr als bescheiden, als ordentliche Verhältnisse für die Armenhäuser in der Staatenwelt vorstellen. Gegen diese „Auswüchse“ wollen sie angehen. Vom Standpunkt der Hilfe aus – zuerst für die Kleinen und dann und damit auch für deren Erzeuger – suchen und finden sie deswegen Eingriffsmöglichkeiten, die das globale marktwirtschaftliche Getriebe zum Besseren wenden, und im politischen Garanten dieses Getriebes sehen sie deshalb die passende Adresse, die für eine solche Korrektur geeignet und in die Pflicht zu nehmen wäre.

## Das neue Rezept: Kinderarbeit gesetzlich regeln!

Gegen dieses Programm meldet neuerdings eine Fraktion aus dem Lager der 3.-Welt-Freunde grundsätzlich Bedenken an. Anlässlich des „Welttages der arbeitenden Kinder“ am 09.12.2009 provoziert sie die Öffentlichkeit und ihre eigene Klientel mit der Forderung nach *Aufhebung* des völkerrechtlich kodifizierten Verbots der Kinderarbeit: „Das pauschale Verbot von Kinderarbeit beendet die Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen nicht... Wir fordern die Aufhebung dieses Verbotes, weil es den Kindern schadet... Durch die internationale Ächtung der Kinderarbeit werden die kleinen ArbeiterInnen in die Illegalität gezwungen... Und dadurch sind sie viel ausbeutbarer... Durch das Verbot sind sie gezwungen in ganz prekären Umständen zu arbeiten.“ (J. Fincke, pronats.de und BR 5 - Interview vom 09.12.09)

Ihr Blick auf die einschlägigen Verhältnisse des globalisierten Kapitalismus lehrt diese Gegner der „Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen“, dass ein Verbot nichts nutzt. Sie gehen davon aus, dass die Geschäftswelt dort, wo die blanke Not Kinder zu welchen Konditionen auch immer in die Fänge von Arbeitgebern treibt, – völlig unbeeindruckt von der Rechtslage – auf die Ausnutzung kindlicher Arbeitskraft so leicht nicht verzichtet; dass mit einer strikten Durchsetzung des Verbots auch gar nicht zu rechnen

ist, wo Staatsgewalten die Kinderarbeit als nützlichen Beitrag zur Entwicklung ihres im Weltmaßstab ohnehin viel zu rückständigen Standorts begreifen. Das ist ihnen geläufig: Verbieten und Verhindern, das sind in dieser Welt zwei paar Stiefel. Und wenn wirklich auf Unterlassung gedrungen werden sollte, dann schadet das Verbot nicht den Ausbeutern, sondern denen, deren Ausbeutung unterbunden werden soll; die haben dann nämlich überhaupt keine Einkommensquelle und deshalb kein Überlebensmittel mehr. „Der (...) Ausschluss von Kindern aus der Arbeit ... kann dort, wo das Arbeitseinkommen der Kinder für das Überleben unverzichtbar ist, die Familien in noch größere Not stürzen.“ (vsp-vernetzt.de)

Sie haben also unter den gegebenen Verhältnissen nur die zwei schlechten Alternativen: sich ausbeuten zu lassen oder gleich völlig zu verelenden; und bei einem noch so beschränkten Eingriff in die herrschenden Geschäftsinteressen zu Gunsten der Hungerleider droht denen nur mehr die zweite zu bleiben. Ein unübersehbarer Hinweis darauf, wie systematisch die Gründe für die Kinderarbeit und ihre Brutalitäten geartet sind, sollte man meinen.

Das sehen die Kritiker, die den Verbotsanträgen ihrer Mitstreiter Idealismus vorwerfen, anders. Sie trennen im Geiste an der inkriminierten kapitalistischen Anwendung der absoluten Armutbevölkerung, was gar nicht zu trennen ist, und kommen zu dem Befund, „dass es nicht die Arbeit ist, die den Kindern zu schaffen macht, sondern die Bedingungen, unter denen sie diese verrichten müssen“ (vsp-vernetzt.de). Damit ist auch der Gegenvorschlag, wie dem Skandal Kinderarbeit beizukommen sei, klar: „Gemeinsam mit den arbeitenden Kindern und Jugendlichen fordern wir stattdessen kindgerechte, menschenwürdige Arbeitsbedingungen sowie eine Vereinbarkeit von Schule und Arbeit.“ (J. Fincke, pronats.de)

Ausgerechnet den Verhältnissen, denen nach ihrer Auskunft mit Verboten nicht beizukommen ist, verordnen sie nach dem Motto „Weniger ist mehr!“ regulierende Gebote für die Ausnutzung kindlicher Arbeitskraft, die plötzlich alles zum Guten wenden sollen. Als ob solche Regelungen auf einmal locker zu haben wären und von der Geschäftswelt respektiert würden, wenn man denen ihren Geschäftsumgang nur höchst offiziell erlaubt und hoheitlich mit gewissen Einschränkungen versieht. Die Freunde der „arbeitenden Kinder“ opponieren gegen die „unrealistische“ Vorstellung, Kinderarbeit bräuchte man nur zu untersagen, mit der nicht minder idealistischen Behauptung, ausgerechnet mit der Zulassung von Kinderarbeit verlore der kapitalistische Zugriff seinen verheerenden Charakter und würde sich ins Gegenteil verkehren: Dann nämlich, so ihr Alternativmodell einer heilen Lohnarbeitswelt, befänden sich „die Kinder in einer weniger von Armut und dem ‚Diktat des Geldes‘ geprägten Situation“ und hätten infolgedessen „mehr Möglichkeiten, sich eine Arbeit auszusuchen, die ihnen gefällt und ihnen was bringt.“ (vsp-vernetzt.de).

Man muss sich eben nur auf die geltenden Geschäftsinteressen konstruktiv einlassen, dann wandelt sich Lohnarbeit – mit ein paar Korrekturen – von „Ausbeutung“ zu einer einzigen Chance, die man nur richtig zu bewirtschaften hat, damit sie den Kleinen in der Welt am Ende sogar „gefällt“ und „was bringt“.

Weil und solange aber die Arbeitsherrn denen eine „Arbeit in Würde“ verwehren, sorgt man exemplarisch selber für sie: „Kooperativen bieten arbeitenden Kindern in den Ländern des Südens einen Rahmen, in dem sie ohne Ausbeutung, selbstbestimmt und sicher arbeiten – und zur Schule gehen können... Für ihre vielfältigen Produkte suchen sie AbnehmerInnen, die einen fairen Preis zahlen... Der Kauf fair gehandelter Produkte aus Kinderhand ist ganz klar als Beitrag zur Stärkung arbeitender Kinder zu sehen.“ (pronats.de)

So konstruiert und praktiziert der „Verein zur Unterstützung arbeitender Kinder“ eine Ausnahme von der marktwirtschaftlichen Regel, propagiert diese Ausnahme als Auftakt zum Kippen der Regel und liefert damit der Welt, die danach gar nicht ruft, weil sie so funktioniert, wie sie funktioniert: marktwirtschaftlich nämlich, den verlogenen Beweis, dass „es“ mit ein bisschen gutem Willen schon „geht“ – und zwar *ohne* viel umwerfen zu müssen: Die Erweiterung des Sortiments im Fairtrade-Laden genügt!

\*

Natürlich handeln sie sich von der Gegenseite aus den eigenen Reihen den Vorwurf ein, dass gerade ihr Vorschlag den „Realitäten“ keine Rechnung tragen würde, denen eben nur mit Verboten, mit denen aber schon beizukommen wäre. So entschieden, wie beide Fraktionen mit ihren Korrekturvorschlägen an die Adresse der Herrschenden auf die Verhältnisse verbessernd einwirken wollen, mit „realistischen“ Alternativen, die die herrschenden Verhältnisse gar nicht hergeben, in denen sie „wirklich was bewegen“ zu können meinen, so heftig geht deshalb der Streit zwischen ihnen voran, ob Kinderarbeit verboten oder erlaubt gehört.

Ein Angebot zur Güte hält der Streitfall dann aber doch bereit: „Viele Unternehmen beteiligen sich bereits bei der Bekämpfung von Kinderarbeit. Sie tun das nicht nur aus ethischen, sondern auch aus handfesten betriebswirtschaftlichen Gründen heraus: Unternehmen brauchen gut ausgebildete Arbeitnehmer. Länder, in denen die Bevölkerung noch nicht einmal über elementare Fertigkeiten verfügt, sind keine attraktiven Investitionsstandorte.“ (welthungerhilfe.de)

Die richtig verstandenen Profitinteressen sorgen letztlich selbst dafür, dass die Welt schon besser, die Kinderarbeiter weniger und die Lohnarbeit für alle immer attraktiver wird. Am Ende gibt es nichts verlässlicher Humaneres als den Kapitalismus selbst! Nur im Verein mit den Mahnern selbstverständlich, die ihm ständig seine wahre Vernunft vor Augen halten müssen: ethisch und betriebswirtschaftlich!

# gegeninformation und diskussion

## KRIEG UND FRIEDEN: ZWEI SEITEN DERSELBEN MEDAILLE

VORTRAG UND DISKUSSION MIT MANFRED FREILING, REDAKTEUR DER ZEITSCHRIFT GEGENSTANDPUNKT.  
AM 4. MAI, 19 UHR. IM HÖRSAAL 17 DER UNI BONN, REGINA-PACIS-WEG 5, 53113 BONN.

Im Jahr 2009 beehrt das Nobelpreiskomitee den US-Präsidenten Obama mit dem wichtigsten Friedenspreis: Also den Chef jenes Staates, der alleine mehr als die Hälfte der weltweiten Ausgaben für Waffen, Munition und Soldaten tätigt, der in zwei größeren Kriegen engagiert und gerade dabei ist, im Jemen eine neue Front zu eröffnen.

Ist das nun ein gigantischer Missgriff der Osloer Jury, ein Hohn auf den edlen Frieden? Oder vielleicht doch keine so schlechte Wahl und eine Offenbarung über den hochgeschätzten Frieden? Seit Jahrhunderten betet die von Kriegen bedrohte Menschheit in Kirchen und Moscheen für den Frieden, demonstrieren Friedensbewegte und

dichten Dichter für ihn. In der Welt ihrer Wünsche ist er das absolute Gegenteil von Krieg – der gute, zivilisierte Zustand zwischen den Nationen.

Und in der Wirklichkeit? Da „bricht Krieg aus“, mitten im Frieden und infolge der friedlichen Konkurrenz zwischen den Staaten. Wenn sie Krieg führen, andere Staaten zer-

stören, Städte kaputtbomben und deren Einwohner umbringen, dann selbstverständlich, um Frieden zu schaffen – einen neuen, sicheren, besseren. In der politischen Wirklichkeit sind Krieg und Frieden gar nicht der Gegensatz von Gut und Böse, sie gehören vielmehr zusammen und sind zwei Seiten derselben Medaille: der Außenpolitik der

kapitalistischen Staaten. So geht der Nobelpreis schon an die richtige Adresse: Es sind dieselben regierenden Herrschaften, die ihren Völkern mal Krieg, mal Frieden servieren; die Kriegsgründe entstehen in Friedenszeiten, wann denn sonst; und nur wer Krieg führen kann, kann Frieden schaffen!

## HARTZ IV: NIEDRIGLOHN ALS STAATSPROGRAMM

VORTRAG UND DISKUSSION IN DORTMUND: AM 29.4., 19:30 UHR. IM TARANTA BABU, HUMBOLDTSTR. 44, 44137 DORTMUND.  
VORTRAG UND DISKUSSION IN KÖLN: AM 27.5., 20 UHR. IM CLUBRAUM DER ALTEN FEUERWACHE, MELCHIORSTR. 3, 50670 KÖLN.

Fünf Jahre nach der Einführung von Hartz IV ziehen Politiker und Talk-Runden Bilanz: War die politisch durchgesetzte Verarmung der Arbeitslosen in Deutschland ein Erfolg? Hat der beschleunigte Abstieg aus dem Arbeitslosengeld in eine „Grundsicherung“ von 359 Euro plus Wohngeld die erwünschte abschreckende Wirkung entfaltet? Hat er die Arbeitslosen überzeugend „motiviert“, sich in ihrer Not irgendeine Drecksarbeit zu suchen und nach der Bezahlung gar nicht erst zu fragen? Teils, teils – erfährt man. Einerseits ist die Zahl der Arbeitslosen nicht entscheidend zurückgegangen – es gibt halt keinen Bedarf bei den Unternehmen. Andererseits ist Altkanzler Schröder mit seiner Reform

schon sehr zufrieden: „Wir haben in Deutschland einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, die es in Europa gibt!“ Florian Gerster, Schröders Chef der Bundesagentur für Arbeit, legt nach: „Inzwischen sind 20 % der Arbeitsplätze in Deutschland im Niedriglohnbereich angesiedelt.“ Da sind also manche frühere Normalarbeitsplätze ins Niedriglohnsegment abgewandert und neue Formen von Beschäftigung, Entlohnung, ganz neue Branchen sind entstanden, in denen Leute, die darauf angewiesen sind, zu Hungerlöhnen ausgebeutet werden.

Nach Ansicht seiner Erfinder scheint Hartz IV allerdings nicht nur gut, sondern zu gut funktioniert zu haben. Der Geburtstag der legen-

dären Agenda wird mit öffentlicher Hetze gegen die Millionen „arbeitsfähigen Arbeitslosen“ begangen, die trotz aller abschreckenden Bedingungen in der Grundsicherung hängen bleiben und – auch wenn das kaum geht – von den paar hundert Euro im Monat leben. Sie faulzen und lassen es sich gut gehen; Guido Westerwelle erkennt da „spätromische Dekadenz“ und erinnert an das „Abstandsgebot“: „Wer früh aufsteht und arbeitet, muss mehr haben als einer, der im Bett liegen bleibt und nichts tut!“ Kurzfassung: „Leistung muss sich wieder lohnen!“ Als Hartz IV eingeführt wurde, hatte die Grundsicherung einen großen Abstand zu den damaligen Löhnen. Sie wurde gezielt schäbig bemes-

sen, denn man sollte mit ihr nicht auskommen können. Heute liegen dank Hartz IV und anderen Reformen die unteren Lohneinkommen ungefähr auf dem Niveau der Sozialhilfe; es ist nicht mehr unüblich, dass Löhne auch für Vollzeitstellen – nach offizieller Ansage oder sozialforscherischer Armutsdiagnose – zum Leben nicht reichen. Das ist kein Skandal, sondern ein Fortschritt für die Konkurrenzfähigkeit des Standorts Deutschland; kein Arbeitsmarktpolitiker will hinter diese Errungenschaft zurück. Ein Skandal sieht die Politik vielmehr darin, dass Hartz-IV-„Kunden“ womöglich zu dem Schluss kommen, dass sich das Arbeiten unter diesen Umständen nicht lohnt.

Die Hetze gegen das faule Hartz-IV-Milieu ist daher nur der Auftakt zur Selbstkritik der Politiker: Sie haben die Grundsicherung falsch konstruiert, so dass diese nun zum Hindernis beim Ausbau des Niedriglohnsektors zu werden droht. Deshalb muss „unser Sozialstaat“ wieder einmal reformiert werden. Dass sich das Arbeiten für die Menschen im Niedriglohnbereich nicht lohnt, macht nichts. Dafür, dass sich das Arbeiten relativ zur Nicht-Arbeit doch lohnt, kann und wird die Politik schon sorgen. Ganz gemäß der Devise „Sozial ist, was in Arbeit bringt!“ und im Namen der sozialen Opfer und hochanständigen Billigarbeiter, auf deren Leistungsbereitschaft man sich beruft.

## VORTRAG UND DISKUSSION: KRITIK – WIE GEHT DAS?

22. April, 20 Uhr. Clubraum, Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, 50670 Köln.  
20. April, 19 Uhr. Uni Bielefeld.  
Referent: Dr. Peter Decker  
Genauer Ort unter: [gegeninformation.net](http://gegeninformation.net)

## BOCHUM: VORTRAG UND DISKUSSION IM RAHMEN DES COUNTER CURRICULUM

des Referats für Kritische Wissenschaften an der Uni Bochum.  
Unter anderem: Albert Krölls, Kritik der Psychologie;  
Margaret Wirth, Die „Frauenfrage“ im Kapitalismus.

Nähere Infos unter: <http://countercurr.blogspot.de>

## EINE MARXISTISCHE ANALYSE: CHINA AUF DEM LANGEN MARSCH ZUR WELTMACHT.

China ist ein bemerkenswerter Sonderfall. Ausgerechnet eine kommunistisch regierte Bauernnation des Ostens macht praktisch wahr, was der Westen seinen in die Freiheit entlassenen Kolonien als Chance einer Teilnahme an der Staatenkonkurrenz des kapitalistischen Weltmarkts verkaufen wollte: China schafft eine wahrhaft nachholende „Entwicklung“, schließt zu den etablierten Nationen auf, wird kapitalistische Weltmacht. Anhänger einer früher antikapitalistisch inspirierten Drittwelt-Bewegung können sich heute fragen, ob es das war, wovon sie immer geträumt haben...

Das Buch geht der Frage nach, wie die 30 Jahre Aufbau des Sozialismus und die 30 Jahre Aufbau des Kapitalismus eigentlich zusammenpassen, die in China unter derselben KP-Führung auf die Tagesordnung gesetzt und durchgezogen wurden. *Wo ist der rote oder weniger rote Faden?*

Die zentrale These: Schon in Theorie und Praxis der KP unter Mao ist die Unterordnung aller sozialistischen Ambitionen unter das Ziel der Befreiung, Einigung und schließlich des Aufbaus einer machtvollen chinesischen Nation grundgelegt, das dann unter Deng und den Nachfolgern mit einer Neudefinition der Staatsräson weiter verfolgt, mit „kapitalistischen Methoden“ vorangetrieben und zu erstaunlichen Erfolgen geführt wird.

Die vierte Generation kommunistischer Staatsführer kann mit dem Resultat ihres „kapitalistischen Experiments“ zufrieden sein. Ihr Volk, das gestern wie heute die ehrgeizigen Programme der Nation ermöglicht und bezahlt, hätte allen Grund, seine Bilanz anders ausfallen zu lassen ...

Es wird inzwischen viel über China geredet – aber wie? Die einen bewundern die atemberaubende Entwicklung, die anderen regen sich über das autoritäre Regime der letzten machtvollen KP auf, Linke halten das Land für ein hoffnungsvolles Gegengewicht gegen die USA. Alle zusammen fragen sich also, was der asiatische Senkrechtstarter „für uns“ bedeutet. Unser Gegenprogramm: Unparteiisch erklären, welches ökonomische und politische Programm die chinesischen Kommunisten mit und nach Mao auf die Tagesordnung gesetzt haben.

Renate Dillmann, CHINA - Ein Lehrstück  
400 Seiten, EUR 22.80, ISBN 978-3-89965-380-9, VSA-Verlag, Hamburg



22. April, 19 Uhr: Buchvorstellung und Diskussion mit Renate Dillmann. Taranta Babu, Humboldtstr. 44, 44137 Dortmund

1. Juli, 20 Uhr: Podiumsdiskussion mit der Autorin und Ingo Nentwig. Großes Forum, Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, 50670 Köln